

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12426

"Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern - soziale und umweltbezogene Aspekte bei Vergaben des Freistaats stärker berücksichtigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12426 vom 11.07.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13717 des BU vom 20.10.2016
3. Beschluss des Plenums 17/14256 vom 10.11.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld SPD**

Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern – soziale und umweltbezogene Aspekte bei Vergaben des Freistaats stärker berücksichtigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Rahmen der Neuregelung der vergaberechtlichen Vorschriften bei EU-weiten Vergabeverfahren eröffneten Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Aspekte stärker zu berücksichtigen, bei Vergaben des Freistaates Bayern konsequent zu nutzen.

Dabei setzt sie vor allem folgende Punkte um:

- Die Staatsregierung implementiert soziale und umweltbezogene Aspekte für Vergabeverfahren des Freistaates als strategische Ziele und bezieht ihre Berücksichtigung in jede Phase des Vergabeverfahrens mit ein.
- Die Staatsregierung macht in ihrer Rolle als öffentlicher Auftraggeber von den geschaffenen Ausschlussmöglichkeiten bei Verstößen gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen Gebrauch.
- Bei Ausschreibungen von technischen Geräten werden die Lebenszykluskosten sowie die Energieeffizienz berücksichtigt.
- Der Anteil fair gehandelter und produzierter Güter bei Beschaffungen des Freistaates Bayern wird erhöht. Als Beleg für die Einhaltung der Umwelt- und Sozialmerkmale wird die Vorlage von eindeutigen Siegeln und Gütezeichen eingefordert.
- Die Findung und Festlegung geeigneter und verbindlicher Qualitäts- und Ausführungsstandards erfolgt durch eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung externer Fachleute.
- Die Staatsregierung sorgt für eine engmaschige Kontrolle der Einhaltung dieser Kriterien und sanktioniert Verstöße.

- Die Staatsregierung berichtet dem Landtag regelmäßig über die Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Aspekte in Vergabeverfahren des Freistaates sowie über die festgestellten Verstöße, die angewandten Sanktionen und die Konsequenzen, die daraus für zukünftige Vergaben und Aufträge gezogen werden.

Begründung:

Im Oktober 2015 hat der Bundesgesetzgeber das Vergaberecht neu geregelt und damit mehrere EU-Richtlinien umgesetzt. Seit dem 18. April 2016 ist es öffentlichen Auftraggebern möglich, qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte bei der Bewertung von Angeboten stärker zu berücksichtigen und in jeder Phase des Vergabeverfahrens mit einzubeziehen. Umfasst werden alle Stadien im Lebenszyklus des Auftragsgegenstands von der Herstellung über den Handel und die Bereitstellung bis zur Entsorgung. Verstöße gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen können einen Ausschluss von der Teilnahme am jeweiligen Vergabeverfahren zur Folge haben.

Der Freistaat Bayern nimmt durch seine Auftragsvergaben und Beschaffungen eine wichtige Marktstellung ein. Das öffentliche Beschaffungsvolumen macht einen erheblichen Teil des Bruttoinlandsprodukts aus. Daraus erwächst zum einen große Verantwortung, der der Freistaat sich stellen und der er gerecht werden muss. Bei der Ausführung von Aufträgen des Freistaats dürfen bewusste Verstöße gegen Arbeits- und Umweltnormen nicht geduldet werden. Ausbeuter und Umweltsünder dürfen sich nicht an bayerischen Steuergeldern bereichern.

Zum anderen ergeben sich immense Möglichkeiten, steuernd auf die Einhaltung von Arbeits- und Umweltschutzstandards sowie auf Energieeffizienz und Nachhaltigkeit einzuwirken. Durch konsequentes Handeln von Seiten des Freistaates, werden sowohl öffentliche, aber auch private Auftraggeber, ermutigt, diesem Beispiel zu folgen. Dies ist nicht zuletzt im Interesse der bayerischen Wirtschaft und des bayerischen Handwerks.

Zur Findung und Festlegung geeigneter und verbindlicher Qualitäts- und Ausführungsstandards für alle relevanten Produkte beziehungsweise Produktgruppen sowie zur Beratung der mit Beschaffungen befassten Verwaltungen wird eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Externe Berater aus Ge-

werkschaften, Wirtschaft, Kirchen, Wissenschaft, Menschenrechts- und Umweltorganisationen werden in die Ausarbeitung mit einbezogen.

Verstöße gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen und Täuschungsversuche gegenüber dem Freistaat als Auftraggeber müssen Sanktionen zur Folge haben. Andernfalls ist die Wirksamkeit nicht gegeben. Zudem demonstriert die Staatsregierung konsequentes Vorgehen gegen „schwarze Schafe“ und sendet ein positives Zeichen in die Gesellschaft hinein.

Nicht zuletzt zur Wahrnehmung des Haushaltungsrechts benötigt der Landtag Informationen über die Einhaltung der gesetzten Ziele sowie die Erfahrungen der mit Beschaffungen und Auftragsvergaben befassten Stellen in den Verwaltungen. Eine regelmäßige, umfassende Berichterstattung ist daher notwendig. So lassen sich Konsequenzen ableiten, Anregungen aufgreifen und Nachbesserungen vornehmen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale
Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert,
Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD
Drs. 17/12426**

**Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern -
soziale und umweltbezogene Aspekte bei Verga-
ben des Freistaats stärker berücksichtigen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Kathi Petersen
Dr. Martin Huber

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 27. September 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 127. Sitzung am 19. Oktober 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

- Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
- Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 20. Oktober 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/12426, 17/13717

Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern – soziale und umweltbezogene Aspekte bei Vergaben des Freistaats stärker berücksichtigen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist bei allen Fraktionen der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterzeichnung mit vorläufiger Anwendung von CETA verhindern!
Drs. 17/10751, 17/13715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerischen Handlungsspielraum ausnutzen: CETA ablehnen!
Drs. 17/12337, 17/13716 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD
Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern – soziale und umweltbezogene Aspekte bei Vergaben des Freistaats stärker berücksichtigen
Drs. 17/12426, 17/13717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Ausbau erneuerbarer Energien in Bayerns Partnerregionen
Drs. 17/12597, 17/13718 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Teibausgas-Minderungspotenzial von Biokraftstoffen im Rahmen der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) verdeutlichen
Drs. 17/12610, 17/13788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eine echte Koalition mit dem Volk: CETA im Bundesrat ablehnen!
Drs. 17/12620, 17/13719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Transparenz beim Kauf von Fleisch – Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht auf Informationen zur Haltungsform
Drs. 17/12697, 17/13684 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD
Vorbild Bayern I: Fairtrade-Siegel bei Vergabe öffentlicher Aufträge als
wesentliches Kriterium beachten
Drs. 17/12698, 17/13720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD
Vorbild Bayern III: Kommunen durch zentrale Beratungsstelle bei Vergabe
öffentlicher Aufträge helfen, soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen
und zu fairem Handel beizutragen
Drs. 17/12699, 17/13721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD
Vorbild Bayern II: Zentrale Datenbank informiert über Einhaltung sozialer und
ökologischer Kriterien durch Unternehmen
Drs. 17/12700, 17/13722 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Arbeitnehmerschutz als Grundlage für nachhaltige Entwicklung
Drs. 17/12734, 17/13723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten – naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren
Drs. 17/12744, 17/13789 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zentrale Servicestelle für die Öffentliche Vergabe
Drs. 17/12967, 17/13724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bericht zur Mittelschule in Bayern
Drs. 17/11807, 17/13889

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Fehlmeldungen bei der Polizei
Drs. 17/12987, 17/13293

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat